

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 23. Januar 2020,
Az.: EU-9520/35:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 4. Quartal 2019.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

**Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen**

4. Quartal 2019

| | |
|---|----|
| I. Aktuelle europapolitische Themen | 2 |
| 1. Neue Kommission | 2 |
| 2. Brexit | 3 |
| 3. Europäischer Rat am 12. / 13. Dezember 2019 | 7 |
| II. Europapolitische Veranstaltungen | 9 |
| III. Europafähigkeit und Europakommunikation | 11 |
| IV. Ausschuss der Regionen (AdR) | 15 |
| V. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit | 18 |
| VI. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum | 24 |
| VII. Vier Motoren für Europa | 26 |
| VIII. Zusammenarbeit mit Frankreich | 27 |
| IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen | 32 |
| X. Entwicklungspolitik | 37 |

I. Aktuelle europapolitische Themen

Das vierte Quartal des Jahres 2019 wurde europapolitisch vom Amtsantritt der neuen Kommission, den Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich und der Tagung des Europäischen Rates am 12./13. Dezember 2019 geprägt.

1. Neue Kommission

Die neue Kommission unter der Präsidentschaft von Ursula von der Leyen hat am 1. Dezember 2019 ihr Amt angetreten, nachdem das Europäische Parlament am 27. November 2019 in namentlicher Abstimmung das neue Kommissionskollegium mit 461 von 751 möglichen Stimmen bestätigt hatte (das entspricht 61,4%). Die neue Kommission besteht aus zwölf Frauen und 15 Männern. Nach der Ablehnung der Kandidaten aus Frankreich, Rumänien und Ungarn erhielten die Ersatzkandidaten der Regierungen jeweils die notwendige Mehrheit in den Fachausschüssen: Thierry Breton (Frankreich) für den Bereich Binnenmarkt, Adina Valean (Rumänien) für den Bereich Verkehr und Oliver Várhelyi (Ungarn) für den Bereich Nachbarschaft und Erweiterung.

Die Landesregierung hat am 3. Dezember 2019 ein Positionspapier mit ihren Anliegen an die neue Kommission beschlossen, um auf das Arbeitsprogramm der kommenden vier Jahre Einfluss zu nehmen. Maßgeblicher Bezugspunkt ist das Europa-Leitbild der Landesregierung vom Januar 2019. Das Positionspapier übernimmt für die Gliederung der Agenda von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vom Juli 2019:

- Ein Europäischer Grüner Deal
- Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht
- Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist
- Schützen, was Europa ausmacht
- Ein stärkeres Europa in der Welt
- Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

So geht das Papier auf den Europäischen Grünen Deal ebenso ein wie auf die EU-Industriepolitik oder eine bessere Politik für kleine und mittlere Unternehmen. Gefordert wird auch eine europäische Forschungs- und Innovationsoffensive, um angesichts eines stärkeren internationalen Wettbewerbs eine führende Rolle der EU in den Zukunftstechnologien zu erreichen. Die Landesregierung sieht außerdem Handlungsbedarf bei der Regulierung der Künstlichen Intelligenz auf Basis ethischer Grundsätze und einer besseren Vernetzung der Spitzenforschung. Die Landesregierung sieht es auch als notwendig an, Cybersicherheit als Querschnittsthema der EU weiterzuentwickeln.

Andauernde Rechtsstaatlichkeitsdefizite belasten die EU zunehmend. Die Landesregierung setzt sich für wirksamere Verfahren ein, um die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien sicher zu stellen und unterstützt den Plan, die Auszahlung von EU-Fördermitteln von ihrer Einhaltung abhängig zu machen. Aufgrund der Bedeutung der Schweiz als Nachbar setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die Schweiz weiter eng mit der EU verbunden bleibt.

Das Positionspapier kann unter folgender Adresse abgerufen werden:
<https://www.justiz-bw.de/site/jum2/get/documents/jum1/JuM/Justizministerium%20NEU/Europa/Europapolitik/Positionspapier-191203.pdf>

Am 11. Dezember 2019 hat die Kommission mit ihrer Mitteilung zum Europäischen Grünen Deal (COM (2019) 640 final) einen Fahrplan zur Umsetzung dieses zentralen Vorhabens vorgelegt. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag hierüber gesondert.

2. Brexit

Am 17. Oktober 2019 hat sich die britische Regierung mit der Kommission auf ein überarbeitetes Protokoll zu Irland/ Nordirland sowie auf eine überarbeitete Politische Erklärung geeinigt, das Austrittsabkommen selbst blieb inhaltlich unverändert. Die Nordirland-Lösung sieht nun vor, dass Nordirland im Zollgebiet des Vereinigten Königreichs verbleibt; es

sollen jedoch keine Zölle bei der Verbringung von Gütern aus einem anderen Teil des Vereinigten Königreichs nach Nordirland erhoben werden, es sei denn, es besteht ein Risiko der Weiterverbringung in die Europäische Union. Erforderliche Kontrollen werden an den Eingangspunkten zur Irischen Insel durchgeführt. Die Zuständigkeit der Zollerhebung liegt bei den britischen Behörden. Die EU hat Anwesenheits- und Informationsrechte und kann in begründeten Einzelfällen Kontrollen durchführen. Des Weiteren hat Nordirland ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt. Die Anwendung dieser neu gefassten „backstop“-Regelung gilt zunächst für vier Jahre. Die Entscheidung über die Weitergeltung der „backstop“-Regelung ist der Nordirischen Versammlung übertragen: Spricht sich eine einfache Mehrheit dafür aus, gilt das Protokoll vier Jahre fort, im Falle einer doppelten Mehrheit acht Jahre. Wird keine Mehrheit erreicht, setzt eine zweijährige „Abkühlungsphase“ ein, in der die Bestimmungen des Protokolls zunächst fortgelten, während alternative Regelungen ausgehandelt werden müssen. Die Überwachung und Durchsetzung des EU-Rechts obliegt der Kommission bzw. dem Gerichtshof der Europäischen Union. Weiter ist vereinbart, dass bestimmte EU-Regeln bezüglich Mehrwert- und Verbrauchssteuern in Nordirland weitergelten.

Die überarbeitete Politische Erklärung sieht nun vor, dass eine weniger engere Anbindung Großbritanniens an die EU durch den Abschluss eines Freihandelsabkommens als Grundlage der zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen angestrebt wird.

Am 19. Oktober 2019 vertrat das britische Unterhaus die Entscheidung über die Zustimmung zum Austrittsabkommen. Premierminister Johnson sah sich daraufhin aufgrund einer gesetzlichen Vorgabe gezwungen, eine Fristverlängerung i. S. d. Art. 50 Abs. 3 EUV zu beantragen. Am 28. Oktober 2019 beschloss der Europäische Rat die beantragte Verlängerung der Austrittsfrist bis längstens zum 31. Januar 2020.

Am 22. Oktober 2019 billigte das britische Unterhaus erstmals im Verlauf des Brexitprozesses mittelbar ein Austrittsabkommen; das Gesetz zur Umsetzung des Austrittsabkommens in britisches Recht (Brexit-Gesetz) erhielt eine Mehrheit. Gleichzeitig lehnte das Parlament den von der Regierung vorgesehenen straffen Zeitplan zum Abschluss des parlamentarischen Gesetzgebungserfahrens ab.

Daraufhin einigte sich das Parlament auf vorgezogene Parlamentswahlen am 12. Dezember 2019. Aus diesen ging als klarer Wahlsieger die Konservative Partei mit Premierminister Boris Johnson hervor. Sie erreichte eine absolute Mehrheit mit 365 Mandaten im 650 Sitze fassenden Unterhaus. Labour erlitt das schlechteste Ergebnis seit 1935. Die pro-europäische Schottische Nationalpartei SNP hat ebenfalls hinzugewonnen (48 von 59 schottischen Sitzen). Die erste Ministerin von Schottland Nicola Sturgeon strebt infolge dieses Zuwachses ein zweites Unabhängigkeitsreferendum an, dem die britische Zentralregierung jedoch zustimmen müsste.

Premierminister Johnson kündigte an, das Austrittsabkommen vor Ablauf der Austrittsfrist am 31. Januar 2020 durch das britische Parlament zu ratifizieren. Hierzu erfolgte am 9. Januar 2020 als erster Schritt die Verabschiedung des Brexit-Gesetzes im Unterhaus. Dieses muss noch vom Oberhaus beschlossen werden. Das Europäische Parlament wird am 29. Januar 2020 über die Zustimmung zum Austrittsabkommen abstimmen. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments wird allseits erwartet. Das Vereinigte Königreich wird dann mit Ablauf des 31. Januar 2020 die EU verlassen.

An den Austritt Großbritanniens schließt sich unmittelbar die im Austrittsabkommen vereinbarte Übergangsphase an (bis 31. Dezember 2020). In der Übergangsphase gilt Großbritannien weiterhin als Mitgliedstaat der Europäischen Union, ohne über Mitbestimmungsrechte in den EU-Gremien zu verfügen. Die vertraglich mögliche einmalige Verlängerung um ein oder längstens zwei Jahre, die die britische Regierung

bis 1. Juli 2020 geltend machen muss, wurde durch das Brexit-Gesetz Großbritanniens ausgeschlossen.

Die Verabschiedung des Mandats für die Verhandlungen über das zukünftige Verhältnis EU-VK wird für den 25. Februar 2020 erwartet; die Verhandlungen, die seitens der EU weiterhin von Chefunterhändler Michel Barnier geführt werden, sollen am 1. März 2020 beginnen.

Bewertung:

Der Austrittsprozess ist im Berichtszeitraum entscheidend vorangekommen und steht vor seinem unmittelbaren Abschluss. Es ist zu begrüßen, dass die EU und das Vereinigte Königreich sich doch noch auf eine einvernehmliche Regelung über die Abwicklung des Austritts und den Übergangszeitraum geeinigt haben. Es ist zu hoffen, dass somit ein geordneter Austritt des Vereinigten Königreichs gelingt. Die EU hat sich kompromissbereit gezeigt. Leider sieht das überarbeitete Austrittsabkommen eine weniger enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vor als das frühere Abkommen. Nun richtet sich die Aufmerksamkeit endlich auf die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Auch nach dem Brexit bleibt das Vereinigte Königreich ein wichtiger Nachbar. Baden-Württemberg hat großes Interesse an einem engen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch. Der Zeitplan für den Abschluss eines Freihandelsabkommens ist allerdings äußerst eng, das Freihandelsabkommen müsste bis Oktober/ November 2020 geeint sein, um den Ratifizierungsprozess bis Ende 2020 abzuschließen. Dies ist aufgrund der Erfahrungen der Verhandlungsdauer von umfassenden Freihandelsabkommen nicht realistisch (CETA-Verhandlungen dauerten acht Jahre). Kommissionspräsidentin von der Leyen hat sich bereits für eine Verlängerung der Übergangsphase ausgesprochen; Premierminister Johnson schließt dies bisher kategorisch aus. Möglich wäre unter Umständen der Abschluss eines auf wenige Punkte beschränkten Abkommens, das lediglich einen Rahmen für die zukünftigen Beziehungen setzen kann.

3. Europäischer Rat am 12. / 13. Dezember 2019

Schwerpunktthemen der Beratungen der Staats- und Regierungschefs waren der Klimawandel, der Mehrjährige Finanzrahmen 2021 bis 2027, die Konferenz zur Zukunft der EU und die EU-Außenbeziehungen. Nach einer kontroversen Diskussion zum Thema Klimawandel einigte sich der Europäische Rat darauf, das Ziel zu unterstützen, bis 2050 eine klimaneutrale EU zu erreichen. Jedoch setzte Polen für sich eine Ausnahme von dieser Selbstverpflichtung durch. Der Europäische Rat wird sich erneut im Juni 2020 mit diesem Thema befassen.

Die Staats- und Regierungschefs befassten sich erstmals mit konkreten Zahlen für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 auf der Grundlage eines Vorschlags der finnischen Ratspräsidentschaft vom 2. Dezember 2019. Darin hatte der Ratsvorsitz ein Volumen von 1,07 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU-27 vorgeschlagen. Dies ist gegenüber dem Vorschlag der Kommission vom Mai 2018 eine Kürzung, geht jedoch über das von einigen Nettozahlern ausgegebene Ziel von 1,0% des BNE hinaus. Hauptstreitpunkte bei der Tagung des Europäischen Rates waren die Gesamthöhe, die Schwerpunktsetzungen innerhalb des Haushalts, die Frage der Bindung des Haushalts an die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards und die Fortsetzung möglicher Rabatte für die Nettozahler. Für das Frühjahr 2020 ist eine Sondersitzung des Europäischen Rates geplant, auf dem eine erste politische Einigung versucht werden soll.

Zur geplanten Konferenz zur Zukunft der EU führten die Staats- und Regierungschefs aus, dass diese aufbauend auf den Bürgerdialogen der letzten zwei Jahre eine umfassende Konsultation der Bürgerinnen und Bürger beinhalten soll. Die EU-Organe und die Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer Parlamente, sollen gemeinsam die Verantwortung für die Konferenz tragen. Ziel der Konferenz soll sein, eine gemeinsame

Vorstellung über die mittel- und langfristige Entwicklung der EU zu entwickeln. Offen blieb, ob damit auch Vertragsänderungen gemeint sind.

Die Staats- und Regierungschefs befassten sich zudem mit mehreren außenpolitischen Themen: So bekräftigten sie die Bedeutung der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika. Auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2020 soll eine strategische Aussprache über die Beziehungen zu Afrika und über das nächste Gipfeltreffen EU-Afrikanische Union geführt werden. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland wurden um weitere sechs Monate verlängert. Mit Blick auf die WTO äußerten die Staats- und Regierungschefs Sorge über die drohende Lähmung des Streitbeilegungsmechanismus und unterstützten die Bemühungen der Kommission nach einer Interimslösung.

Bewertung:

Die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 gestalten sich weiter schwierig. Daher ist absehbar, dass unter deutscher Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 mindestens der formale Abschluss, möglicherweise auch die politische Einigung erfolgen wird.

Auch nach der Tagung des Europäischen Rats bleiben das Mandat und die Zusammensetzung der Konferenz zur Zukunft der EU unklar. Die deutschen Länder sollten aufgrund der möglichen Tragweite in die Beratungen der Konferenz einbezogen werden. Diese Forderung hat die Europaministerkonferenz der Länder bereits an die Kommission herangetragen. Bei der geplanten Einbindung der Bürgerinnen und Bürger kann auf die guten Erfahrungen aus dem Europadialog Baden-Württemberg zurück gegriffen werden.

II. Europapolitische Veranstaltungen

Auftaktveranstaltung des Projekts „Europa in Baden-Württemberg“ in Stuttgart

Wie lebt es sich eigentlich als Unionsbürger in Baden-Württemberg? Und wie steht es mit der gesellschaftlichen Teilhabe? Was funktioniert gut, was weniger gut? Diesen Fragen widmet sich ein Projekt des Ministeriums der Justiz und für Europa und des Staatsministeriums im Rahmen des ressortübergreifenden Impulsprogramms für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Bei der Auftaktveranstaltung am 27. November 2019 diskutierten Europaminister Guido Wolf MdL, die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, sowie - auf dem Podium – der Soziologe Prof. Dr. Boris Nieswand, der Kurator und Leiter der Kunsthalle Mannheim, Johan Holten, der Unternehmer Apostolos Kelemidis, die Leiterin des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz e.V., Dr. Martine Mérigeau und der Journalist Jan Sellner mit dem zahlreich erschienenen Publikum. Moderiert wurde die Veranstaltung von SWR-Moderator Mathias Zurawski.

Veranstaltungen und Gespräche am Rande der

Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen am 7. / 8. Oktober 2019

Am 7. Oktober fand über die Mittagszeit auf Einladung von Minister Wolf eine weitere Diskussionsveranstaltung in der Reihe „Legal Lunch“ statt. Vertreter aus den EU-Institutionen diskutierten mit Vertretern aus der Praxis das Thema europäischer Haftbefehl. Nach der Eröffnung durch Minister Wolf und einem Impulsreferat durch Oberstaatsanwalt Jan Dietzel, Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart, diskutierten Alexandra Jourschroeder, Geschäftsführende Stellv. Generaldirektorin GD JUST (Direktorin Strafjustiz), Europäische Kommission, Rechtsanwalt Dr. Rupert Manhart, Österreichischer Rechtsanwaltskammertag, Jean-Pascal Thoreau, Vize-Vorsitzender, Judicial Cooperation Instruments Team Eurojust und Oberstaatsanwalt Jan Dietzel. Die Moderation übernahm Hendrik Kafsack, EU-Korrespondent FAZ.

Am Morgen des 8. Oktober führte Minister Wolf ein Gespräch mit Björn Seibert, dem (damaligen) Leiter des Übergangsteams von Ursula von der Leyen, der zu diesem Zeitpunkt gewählten künftigen Kommissions-Präsidentin. Dabei konnte Minister Wolf Herrn Seibert das Europa-Leitbild vorstellen sowie Aspekte der Rechtsstaatlichkeit, das Thema Medizinprodukte-Verordnung und das Rahmenabkommen EU-Schweiz diskutieren.

Weiter fand am Rande der AdR-Sitzung ein Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, statt.

Veranstaltungen und Gespräche am Rande der Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen am 4./5. Dezember 2019

Am Abend des 4. Dezember diskutierten auf Einladung von Herrn Minister Wolf die kroatische Europa-Staatssekretärin Andreja Metelko-Zgombić (Ministerium für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten), Nikola Dobroslavić (Vorsitzender der kroatischen Delegation im AdR und Präsident der Region/Gespanschaft Dubrovnik-Neretva) und Jagoda Marinić (Publizistin und Autorin, Leiterin der Geschäftsstelle des Interkulturellen Zentrums, Heidelberg) Herausforderungen und Chancen der kroatischen EU-Ratspräsidentschaft. Die Moderation übernahm die EU-Korrespondentin der ARD, Gudrun Engel. Minister Wolf unterstrich in seiner Eröffnung die enge Verbundenheit zwischen Baden-Württemberg und Kroatien: Außer in Kroatien selbst leben nirgendwo anders mehr Kroatinnen und Kroaten als im deutschen Südwesten; die kroatische „Gemeinde“ in Baden-Württemberg sei hervorragend integriert, so Minister Wolf. Außerdem verbinde Kroatien und Baden-Württemberg auch eine enge Zusammenarbeit in Politik, Verwaltung, Bildung und Forschung sowie in der Wirtschaft.

Am 5. Dezember führte Minister Wolf ein Informationsgespräch mit Kommissar a.D. Günther Oettinger zu aktuellen Fragen der EU-Politik, insbesondere zum Thema EU-Haushalt nach 2020.

III. Europafähigkeit und Europakommunikation

Dynamischer Europapool

Jahrestreffen am 18. Oktober 2019

Am 18. Oktober 2019 fand das Jahrestreffen des Dynamischen Europapools in der Staatsgalerie Stuttgart statt. Knapp 100 Pool-Mitglieder kamen zusammen, um nach einem kurzen Impuls von Europaminister Wolf mit Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu diskutieren. Bei der Podiumsdiskussion mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Rainer Wieland, der Europaabgeordneten Anna Deparnay-Grunenberg sowie dem Europaabgeordneten Lars Patrick Berg ging es um deren erste Eindrücke aus dem neu gewählten Parlament nach den Europawahlen im Mai. Nach dem offiziellen Teil hatten die Gäste beim Empfang die Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen.

Treffen der Neumitglieder des Dynamischen Europapools am 07. November 2019

Zum zweiten Neumitgliedertreffen im Jahr 2019, das am 7. November im Ministerium der Justiz und für Europa stattfand, kamen 13 neue Mitglieder des Dynamischen Europapools zusammen. Nach kurzer Vorstellung des Europabereichs sowie der Gäste, hatten die Mitglieder die Gelegenheit, sich untereinander zu vernetzen.

Seminarprogramm

Im Rahmen der durchgeführten Potenzialanalyse am 4. Dezember 2017 hatte sich ein übergreifender Bedarf für verschiedene Themenfelder herauskristallisiert. Das Ministerium der Justiz und für Europa hat in diesem Zusammenhang ein umfassendes Seminarprogramm konzipiert. Im 4. Quartal wurde mit dem Seminar „Interkulturelle Kompetenzen“ am 22. Oktober 2019 für Mitglieder des Dynamischen Europapools gestartet. In dem Seminar geht es um die Beschäftigung mit interkultureller Kompetenz sowie mit kultureller Prägung, was eine wichtige Grundlage bei der Entwicklung der persönlichen Kompetenz darstellt. Am 5. November 2019 fand das Seminar „Präsentationstraining“ statt, in dem es

um die Verbesserung der Kompetenzen im Bereich Präsentation, Übermittlung von Kernbotschaften sowie Ausdrucks- und Überzeugungskraft ging. Das Seminar „Parkettsicherheit“ fand am 17. Dezember statt. Es unterstützt die Teilnehmer in der Entwicklung ihrer Umgangsformen im europäischen Umfeld, speziell dem Kennenlernen der geltenden Etikette-Regeln für schriftliche und mündliche Kommunikation. Alle Seminare fanden große Resonanz und das Feedback der Teilnehmenden war durchweg positiv.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Seminar „Journalistisches Arbeiten und Europa“ am 22. Oktober 2019

Am 22. Oktober 2019 kamen 18 Redakteure/innen von Schülerzeitungen baden-württembergischer Schulen zusammen, um sich beim Seminar „Journalistisches Arbeiten und Europa“ dem Thema Europa anzunähern. Im ersten Teil vermittelte ein Referent des civic institute Grundwissen über die europäischen Institutionen, danach ging es mit einer Journalistin der Stuttgarter Zeitung um das journalistische Arbeiten. Minister Wolf nahm sich im Rahmen eines Hintergrundgesprächs die Zeit, sich den kritischen Fragen der Jungjournalisten zu stellen. Am Nachmittag konnten die Schülerinnen und Schüler ihr erworbenes Wissen noch vertiefen und bei einer Pressekonferenz im Landtag mit EU-Ausschussvorsitzenden Willi Stächele anwenden.

Fotowettbewerb - Preisverleihung 25. Oktober 2019

Im Rahmen der Europaöffentlichkeitsarbeit wurde 2019 in Kooperation mit der Regional-Vertretung der Europäischen Kommission in München erneut ein Fotowettbewerb für baden-württembergische Hobby-Fotografinnen und -Fotografen ausgelobt. Die 13 besten Bilder zum Leitthema „Brücken“, die im Europa-Fotokalender 2020 veröffentlicht werden, wurden bei der Preisverleihung am 25. Oktober 2019 im Haus der Wirtschaft in Gegenwart von rund 125 Gästen durch Herrn Minister Wolf ausgezeichnet.

DOKULIVE - Schülerveranstaltung

In der Zeit vom 11. bis 13. November 2019 wurde die bewährte Multimedia-Dokumentationsshow mit Ingo Espenschied angeboten. Die fünf Veranstaltungen mit dem Thema „Gründungsväter der Europäischen Union“ richteten sich an Schülerinnen und Schüler von Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschulen. Von dem Angebot machten fünf Schulen mit insgesamt 239 Schülerinnen und Schülern Gebrauch.

Lesereise „Europa bunt“

Als neues Format für Schülerinnen und Schüler aller Schularten wurde erstmals die sog. Lesereise mit Oliver Lück vom 18. bis 20. November 2019 angeboten. Herr Lück, Journalist und Fotograf (für Magazine und Tageszeitungen), berichtete während einer Diashow über seine Reisen durch ganz Europa und vermittelte so auf unterhaltsame Weise einen Eindruck von der kulturellen Vielfalt und den verschiedenen Lebensweisen in Europa. Von den fünf Veranstaltungen machten sieben Schulklassen mit insgesamt 253 Personen Gebrauch. Die Rückmeldungen waren sowohl von Lehrerseite als auch von Schülerseite durchweg positiv. Das Programm eignet sich insbesondere für jüngere Schüler sowie Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschulen.

Adventskonzert am 3. Dezember 2019

Am 3. Dezember 2019 fand zum vierten Mal ein Advents- und Weihnachtskonzert statt, dieses Mal in Nagold. Beteiligt waren das Nagolder Kammerorchester, der ev. Kinderchor Nagold, die Schulchöre des Otto-Hahn-Gymnasiums Nagold sowie das Vokalensemble des Otto-Hahn-Gymnasiums Nagold. Die Chöre sangen Lieder aus den verschiedenen Regionen und EU-Mitgliedstaaten, teilweise in der jeweiligen Landessprache. Das Konzert wurde von etwa 900 Besuchern verfolgt.

Europäisches Adventssingen am 19. Dezember 2019

Am 19. Dezember veranstaltete das Ministerium der Justiz und für Europa ein öffentliches Europäisches Adventssingen am Durchgang zwischen Neuem Schloss und Schlossplatz in Stuttgart. An dem rund 90-

minütigen Musikprogramm nahmen insgesamt 471 Sängerinnen und Sänger aus mehreren baden-württembergischen Chören teil. Besonderer Gast war Gotthilf Fischer. Herr Minister Wolf überreichte ihm das sog. „Gesicht Europas“ (eine Holzmaske des Künstlers Willi Bucher aus Fridingen).

Kooperationen

Europa Zentrum Baden-Württemberg - Straßburgfahrten im 4. Quartal 2019

Mehr als 200 Schülerinnen und Schülern wurden an verschiedenen Terminen jeweils eine eintägige Fahrt nach Straßburg ermöglicht. Programmpunkte der Fahrten waren u. a. der Besuch des Europäischen Parlaments sowie ein Gespräch mit einem Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

EDIC Freiburg - Straßburgfahrt am 24. Oktober 2019

Am 24. Oktober 2019 wurde vom Europa Direct Informationszentrum Freiburg eine Studienfahrt nach Straßburg mit Schülerinnen und Schülern durchgeführt.

EDIC Stuttgart - Soziales Europa im Gespräch am 18. November 2019

Zu dem Thema „Was bewegt Europa?“ Protestbewegungen im europäischen Kontext kooperierte das EDIC Stuttgart mit dem Ministerium der Justiz und für Europa. An dem Diskussionsabend nahmen 70 Personen teil.

EDIC Stuttgart - Brexit-Lunch am 25. November 2019

Zum Thema „Brexit: zum Stand der Dinge“ führte das Ministerium der Justiz und für Europa mit dem EDIC Stuttgart eine Veranstaltung durch. Zu dem Impulsvortrag mit anschließender Diskussion kamen 60 Personen.

Literaturveranstaltung mit den EDIC Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Ulm

Das Ministerium der Justiz und für Europa kooperierte im Herbst erneut mit vier baden-württembergischen Europe Direct Informationszentren bei einer Veranstaltungsreihe. Oliver Lück zeigte Bilder und erzählte Geschichten zum Thema "Zeit als Ziel - Eine Bilderreise durch Europa". Nach der ersten Lesung am 14. November in Freiburg folgten Termine am 18. November in Karlsruhe, am 19. November in Ulm und am 20. November in Stuttgart.

IV. Ausschuss der Regionen (AdR)

136. Plenartagung des AdR, 7.- 9. Oktober 2019

Die 17. Europäische Woche der Regionen und Städte bildete den Rahmen für die 136. Plenartagung, an der Herr Minister Wolf teilnahm und sich mit verschiedenen Anträgen eingebracht hat. Die Eröffnungssitzung beschäftigte sich mit den Herausforderungen für die künftige EU-Politik gegenüber den Regionen und Kommunen. Die für die Beziehungen zum AdR zuständigen Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Klára Dobrev, AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz und EU-Kommissarin Elżbieta Bieńkowska machten in ihren Reden deutlich, dass die Transformation infolge der Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft und die Digitalisierung besonders die Regionen und Kommunen vor neue Herausforderungen stelle und dies auch seitens der EU-Förderpolitik begleitet werden müsse.

Die Plenartagung des AdR war thematisch geprägt von den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 und die zukünftige Kohäsionspolitik der EU. Im Rahmen einer Aussprache erläuterte EU-Kommissar Günther Oettinger den aktuellen Verhandlungsstand und trat in eine Debatte mit den AdR-Mitgliedern ein. Der AdR nahm einen Entschließungsantrag zu den MFR-Verhandlungen an, zu dem Herr Minister Wolf mehrere Änderungsanträge eingebracht hatte,

die eine Mehrheit fanden. So konnte beispielsweise eine positive Stellungnahme zur Erhöhung der Mittel für Erasmus+ erreicht werden und die Forderung eingefügt werden, wonach eine mögliche Halbzeitüberprüfung nicht die Planungssicherheit für die Programme unterlaufen dürfe. Auch konnte die Positionierung des AdR zugunsten des Vorschlags für eine Verordnung zum Schutz des EU-Haushalts im Fall der Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien verändert werden.

Positiv hervorzuheben ist die Verabschiedung der AdR-Stellungnahme zur besseren Rechtssetzung. Die Stellungnahme nahm viele Forderungen aus den Empfehlungen der Landesregierung zur Task Force Subsidiarität auf (wie die territoriale Folgenabschätzung, die bessere Einbindung der Regionen in die späteren Phasen des Gesetzgebungsprozesses und die Verringerung der Regelungsdichte).

Die deutsche Delegation im AdR befasste sich mit verschiedenen aktuellen EU-Themen und der Vorbereitung auf die neue AdR-Mandatsperiode 2020 bis 2025. Christian Krappitz, Mitglied der Brexit-Taskforce der Kommission, stellte den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich dar. Sebastian Gerhardt, Leiter des EP-Teams in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, berichtete zum Stand der Anhörungen der künftigen Kommissare im Europäischen Parlament und die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027.

137. Plenartagung am 4. / 5. Dezember 2019

Die letzte AdR-Plenartagung der Mandatsperiode 2015-2020 wurde vom Amtsantritt der neuen Kommission und den Erwartungen an die Agenda für 2019 bis 2024 bestimmt. Minister Wolf traf im Rahmen der Tagung mit Mitgliedern der kroatischen AdR-Delegation zusammen.

AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz ging in seiner Rede zur Lage der EU aus der Perspektive der Regionen und Städte auf die derzeitigen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 ein

und forderte, insbesondere die Kohäsionspolitik weiterhin mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten. An der geplanten Konferenz zur Zukunft der EU müssten sowohl der AdR als auch die Regionen beteiligt werden. Der neue Präsident des Europäischen Parlaments, David Maria Sassoli betonte in seiner Rede, dass es nun rasch gelte, die von der neuen Kommission versprochenen Inhalte in konkrete Politik umzusetzen. Das Parlament wolle eine führende Rolle bei der Zukunftskonferenz einnehmen und strebe an, sich mit Kommission und Rat auf das Format und die Inhalte der Konferenz zu einigen. Der AdR solle ebenfalls in die Konferenz einbezogen werden, die Regionen konsultiert werden. Bezogen auf den Mehrjährigen Finanzrahmen erinnerte er an die Forderung des EP, angesichts der großen Herausforderungen die Gesamthöhe auf 1,3% des BNE zu setzen. Der nächste Finanzrahmen müsse insbesondere auf die neuen Herausforderungen wie Digitalisierung, Klimawandel und Migration eingehen. Das Parlament werde sein Vetorecht nutzen, um einen Haushalt zu verhindern, der dies nicht erreiche.

Im Rahmen der Plenartagung beging der AdR mit einem Festakt sein 25-jähriges Bestehen. AdR-Präsident Lambertz konnte hierzu mehrere seiner Vorgänger im Amt begrüßen ebenso wie den Vizepräsidenten der Kommission, Maros Sefcovic, den Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Luca Jahier, die Präsidentin der Internationalen Europäischen Bewegung, Eva Maydell MdEP und die ehemalige Kommissarin für Regionalpolitik, Monika Wulf-Matthies.

Der Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, Frans Timmermans, erläuterte den AdR-Mitgliedern am zweiten Plenartag seine Ziele für den Europäischen Grünen Deal, dessen Umsetzung die neue Kommission prioritär angehen wolle. Eine weitere Aussprache fand mit dem neuen Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, Nicolas Schmit, statt.

Am 11. Februar 2020 beginnt die 9. Mandatsperiode des AdR, die bis 2025 dauern wird. Baden-Württemberg wird dann zwei AdR-Mitglieder stellen: Herrn Minister Wolf und Frau Landtagspräsidentin Aras.

V. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Zur Erhöhung der Sichtbarkeit der IBK werden regelmäßig Delegationsreisen organisiert. Unter dem Vorsitz des Kantons Thurgau fand am 21. November 2019 eine Delegationsreise der IBK-Regierungschefs nach Bern statt, bei der Gespräche mit Herrn Bundesrat Guy Parmelin (Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung) und Herrn Bundesrat Ignazio Cassis (Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten) geführt wurden.

Im Gespräch mit Herrn Parmelin standen die Themen Wirtschaft und Bildung im Vordergrund. Neben einer Präsentation des Bodenseeraumes boten die Regierungschefs durch ihre Beiträge einen Einblick in die Vielfalt und die wirtschaftliche Stärke in der Bodenseeregion. Für Baden-Württemberg nahm Frau Staatsrätin Eler teil und informierte über die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen des EU-Förderprogramms Interreg. Dieses stelle neben den Eigenmitteln der IBK eine sehr wichtige Finanzierungsquelle für Projekte dar. Zudem wurden auch Leuchtturmprojekte, wie z.B. die Internationale Bodenseehochschule (IBH) vorgestellt - der europaweit größte Hochschulverbund mit über 30 Einrichtungen in vier Ländern.

Der schweizerische Außenminister Parmelin machte deutlich, dass die Schweiz weiterhin an einer Teilnahme an Erasmus interessiert sei und es nicht nachvollziehen könne, warum die EU eine Teilnahme vom erfolgreichen Abschluss des Rahmenabkommens abhängig mache. Zwischen der EU und der Schweiz wurden bereits Gespräche bzgl. einer möglichen Assoziierung im Programm Erasmus+ aufgenommen.

Das Gespräch mit Herrn Bundesrat Cassis stand dagegen thematisch im Zeichen der „EU-Schweiz-Beziehungen“ und des ausstehenden Abschlusses des Institutionellen Rahmenabkommens, welche einerseits durch den Kanton Zürich aus Sicht der Schweizer und andererseits durch Frau Staatsrätin Erler aus Sicht der Nachbarregionen beleuchtet wurden. Außenminister Cassis berichtete, dass sich die Debatte um das Institutionelle Rahmenabkommen seit dessen Veröffentlichung versachlicht habe. Für die Schweiz stellten sich aktuell auch innenpolitische Herausforderungen. Innenpolitisch gelte es einen Konsens herzustellen und die aktuellen Hürden zu überwinden. Vor der „Kündigungsinitiative“ im Mai würden aber sicherlich keine Entscheidungen herbeigeführt werden. Zur Stärkung der bilateralen Beziehungen zu Deutschland stellte der Außenminister das Angebot in den Raum, eine "Gesprächs-Plattform" unter Einbezug des Bundes und der Grenzregionen aufzubauen. Eine solche existiere auf Seiten der Schweiz bereits mit Frankreich und Italien. Die Regierungschefs griffen das Angebot auf und unterstrichen den Wunsch der IBK, diese Plattform mitzugestalten.

Im Berichtszeitraum fanden jeweils eine Sitzung des Ständigen Ausschusses am 7. November 2019 sowie eine Sitzung der Regierungschefs im Rahmen der Regierungschefkonferenz am 13. Dezember 2019 im Thurgau statt. Hierbei wurden zentrale Beschlüsse für die zukünftige Ausrichtung der IBK getroffen. Zum einen einigte man sich auf ein neues Finanzierungskonzept ab 2021, welches aufgrund der auslaufenden EU-Förderung für die IBK-Geschäftsstelle notwendig geworden war. In Zukunft wird die IBK ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen der Partnerländer und -kantone unterstützt. Zum anderen wurde dem Wunsch der Regierungschefs nach einer stärkeren Fokussierung Rechnung getragen, so dass durch den Beschluss der Regierungschefs in einem ersten Schritt vier Projekte, u.a. das Wirtschaftskonzil und der IBK-Nachhaltigkeitspreis, nicht mehr weiter geführt werden. Weitere Projekte aus dem Bereich Wirtschaft (z.B. das Projekt „X-Change (Azubiaustausch)“) werden im Frühjahr 2020 im Rahmen der anstehenden Neubeantragung der Mittel für diese Projekte einer neuen Bewertung unterzogen.

Im Nachgang zur Delegationsreise und dem Gespräch mit Außenminister Cassis verabschiedeten die Regierungschefs am 13. Dezember 2019 eine Resolution, in der sie sich als betroffene Grenzregion für De-eskalation und gegenseitiges Verständnis in den Beziehungen EU-Schweiz ausspricht. Diese richtet sich an nationale und europäische Entscheidungsträger und kann als Fortsetzung des Schreibens von Ministerpräsident Kretschmann mit acht weiteren Nachbarregionen an Kommissionspräsident Juncker gesehen werden.

Ebenfalls einigten sich die Regierungschefs darauf, dass die gesamte IBK im Rahmen der neuen Gesprächs-Plattform zwischen der Schweiz und Deutschland einbezogen werden soll. Die IBK möchte sich gerne bei der Ausgestaltung der Governance dieses neuen Formates einbringen.

Weitere Beschlüsse betrafen die Förderung der „Lindauer Nobelpreisträgertagung“ für weitere vier Jahre sowie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Planungen zum 50-jährigen Jubiläum der IBK im Jahr 2022.

Aktuell läuft die dritte und für das Jahr 2019 letzte Abfrage im Rahmen des Projekts „Regional Hubs“ des AdR zum Thema „Grenzüberschreitende Patientenmobilität“. Für 2020 sind weitere Abfragen geplant, die Themen stehen noch nicht fest.

INTERREG

Die Abwicklung der beiden Interreg-A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH) der Förderperiode 2014 - 2020 neigt sich dem Ende zu. Ebenfalls sind beide Programme bereits mit der Planung der neuen Förderperiode 2021-2027 intensiv beschäftigt.

Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH)

Am 2. und 3. Dezember 2019 beschäftigte sich das Interreg-Programm in seiner Sitzung der Programmierungsgruppe sowie des Lenkungsausschusses in Schaffhausen mit den Planungen zur neuen Förderperiode 2021-2027 sowie mit der Abwicklung der Förderperiode 2014-2020.

Hinsichtlich der Planungen für die neue Förderperiode 2021-2027 wurde neben der Festlegung möglicher Indikatoren und der thematischen Ausrichtung des Programms auch der erste Zwischenbericht der laufenden Ex-Ante-Evaluation besprochen. Auch wurden die Ergebnisse der ersten Beteiligungsrunde diskutiert. Die zweite Beteiligungsrunde mit thematischen Workshops in allen beteiligten Ländern (BY, BW, Vorarlberg und Schweiz/Liechtenstein) sollen im Frühjahr/Sommer 2020 stattfinden.

Durch den Wegfall des Projekts „Rheinweg“ in Rheinfelden, welcher aufgrund eines Einspruchs auf Schweizer Seite nicht gebaut werden kann, sind nun 2 Millionen Euro verfügbar. Die aktuelle Mittelbindungsrate liegt daher bei 94%. Um die Restmittel bis Mitte 2020 zu binden, können interessierte Projektträger bis 31. Januar 2020 neue Projektskizzen beim Gemeinsamen Sekretariat einreichen. In der Sitzung des Lenkungsausschusses am 3. Dezember 2019 konnten weitere drei Projekte zur Steigerung der Attraktivität des gemeinsamen Natur- und Kulturerbes und eines zur Verbesserung der institutionellen Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitsmanagement genehmigt werden.

Interreg Oberrhein

Im Interreg-Programm Oberrhein fanden im Berichtszeitraum eine Arbeitsgruppensitzung am 26. November 2019 in Mulhouse sowie eine Sitzung des Begleitausschusses am 12. Dezember 2019 in Basel statt. Mit der Verabschiedung von insgesamt fünf neuen Projekten auf der Sitzung des Begleitausschusses stieg die Mittelbindungsquote im Interreg-Programm auf 80,88%. Seit Beginn der Förderperiode wurden bereits insgesamt 136 Projekte gefördert. Aufgrund der noch zu geringen Auslastung im Bereich Umwelt und Artenschutz wurde im Sommer 2019

ein Projektaufruf gestartet. Die Resonanz war sehr positiv, so dass die verfügbaren Mittel i. H. v. ca. 5,6 Mio. Euro nicht für alle eingereichten 15 Projekte ausreichten und der Begleitausschuss somit auf Basis eines erstellten Rankings eine Auswahl treffen musste. Fünf Projekte erhielten die Möglichkeit im nächsten Schritt einen Vollantrag einzureichen. Ein weiterer Projektaufruf wurde im Bereich Kulturerbe gestartet, in dem sich die Situation ähnlich gestaltete. Von den 11 eingereichten Kurzformularen wurden vom Begleitausschuss sechs mit einem Mittelvolumen von ca. 3,4 Mio. Euro für eine Förderung ausgewählt. Die aktuell nicht berücksichtigten Projektskizzen werden nicht abgelehnt, sondern im Falle von Rückflüssen als Nachrücker akquiriert. Damit sind alle Mittel weitestgehend gebunden. Ungewissheit besteht für die Programmverwaltung vor allem im Bereich Verkehr. Die vorliegenden Projektskizzen würden die verfügbaren Mittel zwar binden, jedoch ist aktuell noch nicht absehbar, welches sich noch in der aktuellen Förderperiode realisieren lässt.

Bzgl. der Planungen zur neuen Förderperiode 2021-2027 berichtete die Programmverwaltung über die ersten Ergebnisse der Online-Beteiligung zu den strategischen Leitlinien (Bewertung aller 29 Spezifischen Ziele für den Oberrhein). Insgesamt haben sich ca. 150 Personen beteiligt, was eine deutliche Steigerung im Vergleich zur Förderperiode 2014-2020 darstellt. Die meisten Rückmeldungen erreichten das Interreg-Programm zum Thema Forschung und Innovation, aber auch zur Förderung der Anpassung an den Klimawandel, Risikoprävention und Katastrophenresilienz. Die Ergebnisse werden in die weiteren Planungen des zukünftigen Programms einfließen. Eine zweite Beteiligungsrunde ist für 2020 angedacht.

Im Hinblick auf die neue Förderperiode 2021 - 2027 fand im Berichtszeitraum insgesamt eine Sitzung der Ad-hoc-Gruppe auf Arbeitsebene statt. Im Fokus stand dabei neben der Diskussion um die zukünftige Förderung im Bereich Forschung die Benennung der Verwaltungsbehörde.

Verhandlungen EU-Verordnungen auf europäischer Ebene

Nach Veröffentlichung des Entwurfes einer Verordnung für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) durch die Kommission im Mai 2018 haben sich das Europäische Parlament sowie der Rat im 1. Halbjahr 2019 damit intensiv befasst und jeweils ihre Positionen auf Basis der ursprünglichen Vorschläge der Kommission vor der Sommerpause vorgelegt.

Der Trilog bzgl. der inhaltlichen Fragen der ETZ-Verordnung hat am 23. Oktober 2019 mit einer ersten technischen Sitzung begonnen. Die finanziellen Aspekte sind bis zur Einigung der Mitgliedstaaten auf einen neuen EU-Haushalt ausgeklammert. Bisher zeigt sich, dass keine größeren Differenzen aufgetreten sind und die Verhandlungen schnell voranschreiten. Dies kann von den ebenfalls für einen fristgerechten Start der Interreg-Programme relevanten Verordnungen „die Allgemeine Verordnung“ sowie die „EFRE-Verordnung“ nicht im gleichen Maße behauptet werden. Auch eine Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen, der Auskunft über die Mittelausstattung der Interreg-Programme geben würde, steht noch nicht bevor.

Zentrale Anliegen von Baden-Württemberg konnte Frau Staatsrätin Erler in Gesprächen mit dem Berichterstatter im Europäischen Parlament, Herrn Arimont, sowie den neuen Schattenberichterstattern Herrn Marques und Herrn Rope für die ETZ-Verordnung während ausführlicher Gespräche in Brüssel darlegen. Im Mittelpunkt stand dabei der Wunsch, die Rechtsform für einen Träger für Kleinprojekte zu öffnen (Art. 24 Abs.2 ETZ-Verordnung), so dass keine grenzüberschreitende Rechtspersönlichkeit erforderlich ist.

Das Staatsministerium wird den Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene weiterhin eng und aktiv begleiten

VI. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Auch im 4. Quartal 2019 war die Revision des Aktionsplans der EUSDR ein Schwerpunkt der Aktivitäten im Kontext der Donaauraumstrategie. Die DG Regio hat nunmehr den endgültigen Entwurf des überarbeiteten EUSDR-Aktionsplans vorgestellt. Dieser wird im weiteren Verfahren den internen Anhörungs- und Abstimmungsprozess in der Kommission durchlaufen.

Präsidentschaft der EU Strategie für den Donaauraum

Am 1. November 2019 hat Kroatien die Präsidentschaft der EU Strategie für den Donaauraum von Rumänien übernommen. Die Präsidentschaft erfolgt unter dem Motto "Die Donaustrategie - 10 Jahre später". Während der Präsidentschaft sollen die weitere Rolle der makroregionalen Zusammenarbeit identifiziert, die bisher erzielten Ergebnisse evaluiert und die zukünftige Ausrichtung festgelegt werden. Die kroatische Präsidentschaft soll zudem dazu genutzt werden, die makroregionalen Strategien und die territoriale Zusammenarbeit der beteiligten Länder weiter zu vertiefen und zu stärken. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Regionalentwicklung, die Verknüpfung zwischen makroregionalen Strategien und der Kohäsionspolitik sowie auf die Einbeziehung und Integration der Westbalkanstaaten gelegt. Voraussichtlich am 22./23. Oktober 2020 findet als Höhepunkt der kroatischen Präsidentschaft das Jahresforum der EUSDR in Zagreb statt.

EUSDR Youth Action Plan

Auch als Folge des starken Engagements Baden-Württembergs soll ein EUSDR-Jugendaktionsplan auf den Weg gebracht werden. So veranstaltete das Staatsministerium bereits im März 2018 einen Nationalen Beteiligungstag unter dem Thema „Stakeholder Dialog: Youth Engagement! In the Danube Region“. Eine bessere Vernetzung der Jugend und

damit eine stärkere Einbeziehung der jüngeren Generation in die Donaunraumstrategie sind von zentraler Bedeutung für deren Erfolg. Nach dem Participation Day in Bukarest im Juni 2019 soll das Thema Jugend daher auch ein zentrales Thema auf dem Participation Day in Kroatien im Herbst 2020 bilden. Zur Ausarbeitung der weiteren Inhalte des Aktionsplans fanden am 11./12. November 2019 in Podgorica (Montenegro) und am 10. Dezember 2019 in Wien entsprechende Treffen statt.

Reise von Frau Staatsrätin Erler nach Bukarest

Vom 13. bis 14. November 2019 reiste Frau Staatsrätin Erler nach Bukarest, um an einer Veranstaltung mit dem Titel „Social meets Business: Innovative Social-Business Initiatives in Romania and the Danube Region“ teilzunehmen. Die Veranstaltung wurde von der CONCORDIA Sozialprojekte Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium und dem Netzwerk sozialer Unternehmen in Rumänien durchgeführt. Im Kern stand dabei die Frage nach der Verantwortung der Wirtschaft für die Gesellschaft sowie nach der Relevanz sozialer Innovationen. Neben der Teilnahme an dieser Veranstaltung führte Frau Staatsrätin Erler auch Gespräche mit Nichtregierungsorganisationen zu den Themengebieten Rechtsstaatlichkeit/Zivilgesellschaft (Wahlen, Situation der NGOs, Klientelismus) sowie Migration/Roma (Brain Drain, Bildung).

Projektmittelfonds

Über die Vergabe der im Haushaltsplan des Staatsministeriums veranschlagten Projektmittel hat Staatsministerin Theresa Schopper dem Ministerrat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2019 berichtet. Die Zusammenarbeit im Donauraum ist und bleibt einer der Schwerpunkte der Landesregierung in der internationalen Zusammenarbeit. Baden-Württemberg hat ein vitales Interesse an der Stabilität und weiteren Integration Südosteuropas. Einen großen Beitrag hierzu leisten auch entsprechende Projekte. Seit dem letzten mündlichen Bericht wurden insgesamt acht Projekte mit Mitteln in Höhe von ca. 693.000 Euro gefördert. Wie in 2018 bildeten auch im Jahr 2019 Maßnahmen des Capacity Building einen Schwerpunkt der Förderung. Damit sollen entsprechende

Kompetenzen und Good Governance im Donaauraum in ganz unterschiedlichen Themenfeldern vermittelt, weiter ausgebaut oder gestärkt werden.

EU-Strategie für den Alpenraum

Frau Staatsministerin Schopper nahm an der Generalversammlung der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) am 28. November 2019 in Mailand teil. Dabei wurde die italienische Präsidentschaft inhaltlich gewürdigt.

Die italienische EUSALP-Präsidentschaft wurde federführend von der Lombardei umgesetzt. Der Präsident der Lombardei, Attilio Fontana, eröffnete die Sitzung, an der 48 Regionen aus sieben Staaten teilnahmen. Die Lombardei wirkt als Vertreter der italienischen Regionen im „Executive Board“ der EUSALP mit und hat die Leitung der AG 1 „Forschungs- und Innovationsökosystem“ übernommen. Italien und die Lombardei sind in allen AGs der EUSALP vertreten. Folgende Themenschwerpunkte wurden während der Präsidentschaft bearbeitet: Green Economy als Querschnittsthema der Präsidentschaft, Entrepreneurship, speziell für junge Menschen sowie Beteiligung der Zivilgesellschaft und lokaler Verwaltungen.

VII. Vier Motoren für Europa

Am Rande der Generalversammlung der EU-Strategie für den Alpenraum in Mailand führte Frau Staatsministerin Schopper am 28. November auch Gespräche mit dem lombardischen Umweltminister Cattaneo. Dabei ging es hauptsächlich um einen Austausch über die nächste gemeinsame Mission der Vier Motoren. Die Lombardei plant im Rahmen ihrer Präsidentschaft eine rein politische Delegationsreise (ohne Wirtschaftsbeteiligung) der für die Vier Motoren zuständigen Minister im März 2020 nach Israel. Die gemeinsame Mission der Vier Motoren soll sich auf die Themen Start-up Netzwerke und Start-up-Förderung / Start-

up-Kultur, Exzellenzforschung sowie Digitalisierung und künstliche Intelligenz fokussieren. Vorgesehen ist auch der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem mit der Delegation der Vier Motoren.

VIII. Zusammenarbeit mit Frankreich

Gespräch von Herrn Staatssekretär Ratzmann mit Präfekt Marx in Straßburg

Im Vorfeld der informellen Sitzung des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit sprach Staatssekretär Ratzmann am 30. September 2019 mit dem Präfekten der Region Grand Est und des Départements Bas-Rhin, Herrn Jean-Luc Marx, in einem bilateralen Gespräch über Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Präfektur in Straßburg. Das Gespräch diente dem Austausch über die Chancen und Herausforderungen der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit des französischen Staates – gemeinsam mit den zahlreichen regionalen Akteuren in der Région Grand Est – mit dem Land Baden-Württemberg für die Menschen in der deutsch-französischen Grenzregion. Staatssekretär Ratzmann unterstrich in diesem Rahmen erneut, die aus Sicht von Baden-Württemberg weiter bestehende Notwendigkeit, zeitnah das „Mondorfer Abkommen“ im Sinne einer modernen und an die aktuellen Erfordernisse angepasste deutsch-französische Polizeizusammenarbeit zu erneuern. Beide Gesprächspartner sahen in dem neu einzurichtenden grenzüberschreitenden Ausschuss (Art. 14 Aachener Vertrag) große Chancen für die Realisierung gemeinsamer Projekte und für den weiteren Abbau grenzüberschreitender Hindernisse. Dies wurde im anschließenden informellen Treffen weiter ausgeführt, das mit Vertreterinnen und Vertretern aller zukünftigen am Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit beteiligten Akteure hochrangig besetzt war.

Gespräch von Herrn Staatssekretär Ratzmann mit der Präsidentin des Départements Haut-Rhin, Brigitte Klinkert

Die Präsidentin des Départements Haut-Rhin, Brigitte Klinkert, informierte Herrn Staatssekretär Ratzmann im Rahmen eines politischen

Gesprächs am 4. November 2019 in der Villa Reitzenstein über die neue europäische Gebietskörperschaft Elsass, die zum 1. Januar 2021 eingerichtet werden soll sowie über deren zukünftige Aufgabengebiete. Des Weiteren wurden der Zukunftsprozess Fessenheim, der Ausbau von grenzüberschreitenden Bahnverbindungen und der neu einzurichtende Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Art. 14 Aachener Vertrag) angesprochen. Herr Staatssekretär regte darüber hinaus an, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Künstlichen Intelligenz weiter auszubauen.

Reise von Herrn Ministerpräsident nach Paris, 20.- 21. November 2019

Im Fokus der eineinhalbtägigen Delegationsreise von Herrn Ministerpräsident nach Paris, die politisch begleitet wurde von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, Verkehrsminister Winfried Hermann, Staatssekretär Volker Ratzmann sowie von dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Thomas Dörflinger MdL, standen der Austausch mit führenden Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu den Themen Künstliche Intelligenz und modernen Mobilitätslösungen sowie die Vertiefung von Kooperationen und die Stärkung von Netzwerken auf dem Programm.

Herr Ministerpräsident wurde von einer Delegation aus über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern begleitet, darunter hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft sowie von Hochschulen und Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen. Das Fachprogramm bot der Delegation hervorragende Einblicke in die Herangehensweise der französischen Partner an Themen wie die Digitalisierung und neue Mobilitätskonzepte und zeigte auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Anknüpfungspunkte für neue Kooperationsmöglichkeiten auf.

Zum Auftakt der Reise am 20. November 2019 besuchte die Delegation den weltweit größten Startup-Campus Station F. Im Anschluss besuchte Herr Ministerpräsident am Mittag das Cap Digital, wo im Anschluss eine gemeinsame Podiumsdiskussion des Landes Baden-Württemberg mit

den französischen Veranstaltungspartnern Cap Digital (Unternehmenscluster) und Hub France IA (KI-Ökosystem) zum Thema Künstliche Intelligenz stattfand. Die deutschen und französischen Experten aus Forschung und Wirtschaft gingen der Frage nach, wie der Brückenschlag von Spatenforschung hin zu innovativen Geschäftsmodellen in Europa gelingen kann. Herr Ministerpräsident betonte in seinem Impulsvortrag die Wichtigkeit, eine europäische Künstliche Intelligenz aufzubauen, die wettbewerbsfähig ist und die die europäischen Werte verkörpert, eine „KI made in Europe“.

Am Abend richtete der deutsche Botschafter in Paris anlässlich des Besuchs des Ministerpräsidenten einen Empfang in seiner Residenz aus. In seiner Rede bot Herr Ministerpräsident einen Überblick über die Bandbreite und Tiefe der baden-württembergisch-französischen Beziehungen und deren Bedeutung für die Zukunftstüchtigkeit Europas. Unter den hochrangigen Gästen aus Paris befanden sich auch zahlreiche politische Vertreter aus der Grenzregion Grand Est wie bspw. Präsident Rottner und Départementpräsidentin Klinkert, die die Rede des Ministerpräsidenten sehr begrüßten. Ein weiterer Schwerpunkt der Reise lag auf intelligenter Verkehrssteuerung im städtischen Ballungsraum, der u.a. durch einen Runden Tisch der Fachdelegation unter Leitung von Minister Hermann im Rathaus von Paris auf Einladung des 1. Bürgermeisters von Paris ausgerichtet wurde.

Am 21. November wurde Herr Ministerpräsident vom französischen Wirtschafts- und Finanzminister, Bruno Le Maire, empfangen, mit dem er sich über die Zusammenarbeit hinsichtlich Zukunftsinvestitionen im Bereich Klimaschutz, Künstliche Intelligenz, Energie und Mobilität austauschte. Weitere Gespräche führte Herr Ministerpräsident mit der Ministerin für ökologischen Wandel sowie Verkehr, Elisabeth Borne, u. a. zu modernen Mobilitätslösungen, den grenzüberschreitenden Schienenverbindungen sowie zur Abschaltung des AKW Fessenheim. Hierbei betonte Herr Ministerpräsident ausdrücklich die Wichtigkeit der Erneuerung der Schienenquerverbindungen zwischen Breisach-Colmar und

Rastatt-Haguenau. Ebenso traf sich Herr Ministerpräsident mit dem Präsidenten der Région Grand Est, Jean Rottner, um sich über grenzüberschreitende Themen auszutauschen.

Gespräch von Herrn Staatssekretär Ratzmann mit dem Präsidenten der Région Grand Est, Jean Rottner, 9. Dezember 2019

Im politischen Gespräch mit Präsident Rottner diskutierte Herr Staatssekretär Ratzmann über zukünftige Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei den Themen Künstliche Intelligenz, dem Post-Fessenheim-Prozess, EUCOR – the European Campus, die Lage der KMUs in beiden Regionen und die Gesundheitswirtschaft. Auch der grenzüberschreitende Ausschuss gem. Aachener Vertrag wurde diskutiert, der aus Sicht beider Regionen nur dann einen Mehrwert brächte, wenn er auch tatsächlich politisch geführt würde und Themen für den Deutsch-französischen Ministerrat vorbereite.

Was die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit angehe, so schlug Herr Staatssekretär Ratzmann vor, aus den angesprochenen zentralen Themenfeldern ein bis zwei Projekte konkret zu definieren, die die Regionen zeitnah gemeinsam angehen möchten. Hierzu soll im Frühjahr aller Voraussicht nach eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet werden.

Umsetzung des Vertrags von Aachen

Am 4. Dezember 2019 fand auf Einladung des Auswärtigen Amtes die - seit Unterzeichnung des Vertrags - dritte Besprechung mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer über die Umsetzung des Vertrags von Aachen (VvA) in Berlin statt.

Neben der Unterrichtung zum Stand der Ratifizierung stand der Informationsaustausch zu den prioritären Projekten und Vorzeigevorhaben des Vertrags im Mittelpunkt.

Das Vertragsgesetz ist seit dem 22. November 2019 in Kraft (BGesBlatt Nr. 19 vom 21.11.2019). Nach der gegenseitigen Notifizierung der beiden Vertragspartner, dass die jeweiligen innerstaatlichen Verfahren für das Inkrafttreten abgeschlossen sind, wird die Registrierung des Vertrags bei den Vereinten Nationen beantragt.

Das Auswärtige Amt erläuterte die wichtigsten Ergebnisse des deutsch-französischen Ministerrats (DFMR) in Toulouse am 16. Dezember 2019, dessen Abschlussdokumente ein breites Themenspektrum aktueller und im Vertrag vereinbarter Vorhaben abdecken (u.a. Roadmap zu Forschung & Innovation, AG Energie & Klima, Rat der Wirtschaftsexperten). Zudem wurde das dt.-frz. Zukunftswerk vorgestellt, das 2020 seine Arbeit aufnehmen und einen thematisch breiten Dialog über Transformationsprozesse in beiden Gesellschaften aufsetzen soll. Für den dt.-frz. Bürgerfonds aus Art. 12 VvA soll Anfang 2020 eine Website mit Förderrichtlinien an den Start gehen.

Was den Themenkomplex grenzüberschreitende Bahnverbindungen angeht, wurde mitgeteilt, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur einen Haushaltstitel für grenzüberschreitenden Verkehr eingerichtet hat und eine AG gegründet wurde, die bisher auf deutscher Seite getagt hat, zuletzt am 3. Dezember 2019 (mit Teilnahme RP und BW). Der neu einzurichtende Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit gem. Art. 14 VvA wird sich am 22. Januar 2020 das erste Mal zur konstituierenden Sitzung im Hambacher Schloss, Rheinland-Pfalz, zusammenfinden. Das Land Baden-Württemberg wird durch Staatssekretär Ratzmann vertreten werden. Nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung beim DFMR am 16. Oktober 2019 arbeitet das AA im engen Austausch mit den drei Grenzländern (BW, RP, SL) und den Bundesressorts an einer Geschäftsordnung, die rechtzeitig vor der konstituierenden Sitzung konsentiert und am 22. Januar 2020 angenommen werden soll. Als Sitz des Sekretariats wird Kehl befürwortet. Parallel erfolgte im Rahmen eines offenen Stimmverfahrens unter allen Mitgliedern des Ausschusses eine Bestandsaufnahme der

Themen, denen sich der Ausschuss infolge seiner Konstituierung prioritär zuwenden soll.

Zukunftsprozess Fessenheim

Nach den ersten offiziellen Ankündigungen der französischen Regierung zur Schließung des AKW im Februar 2020 (erster Reaktor) und Juni 2020 (zweiter Reaktor), wurde die Stilllegung zuletzt noch einmal von der französischen Ministerin für ökologischen Wandel Elisabeth Borne gegenüber Herrn Ministerpräsident am 21. November 2019 in Paris bestätigt. Staatssekretär Ratzmann lud am 6. Dezember 2019 gemeinsam mit Staatssekretär Dr. Kerber (Bundesinnenministerium als auf Bundesebene für den Zukunftsprozess Fessenheim federführendes Ressort) zu einem Workshop ein, um gemeinsam mit deutschen und französischen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie Fachexpertinnen und -experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung über mögliche Kooperationsprojekte in den Bereichen erneuerbare Energien und Innovation für die Nachnutzung des Fessenheim-Geländes sowie umliegender Flächen um Fessenheim zu diskutieren. Der Experten-Workshop bot den Raum für die Vorstellung verschiedener möglicher Projekte aus den Bereichen zukunftsfähige Energietechnologien und Mobilität. Staatssekretär Ratzmann unterstrich die Notwendigkeit, die deutschen und französischen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung stärker zu vernetzen, vor allem auch in Hinblick auf das weitere Vorgehen bzgl. der vorgestellten Projektideen, und enger mit den Kommunen vor Ort zusammenzuarbeiten; zudem gelte es, zwischen kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen zu unterscheiden.

IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

Ministerpräsident trifft neue Präsidentin der Europäischen Kommission

Ministerpräsident Winfried Kretschmann traf am 21. Oktober 2019 die gewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu einem An-

trittsbesuch in Straßburg. Die Kommissionspräsidentin nahm das Angebot des Ministerpräsidenten zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit großer Dankbarkeit an. Sie verabredeten eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung sowie Forschung und Innovation. Der Ministerpräsident betonte in seinem Gespräch die Rolle Baden-Württembergs als Motor der europäischen Integration und als verlässlicher Partner der europäischen Institutionen und stellte ihr den landesweiten Europadialog, die Frankreich-Konzeption, den Strategiedialog Automobilwirtschaft sowie das Cyber Valley und den European Campus EUCOR vor.

Lenkungskreis des Strategiedialogs Automobilwirtschaft tagt in Brüssel

Am 16. Oktober 2019 tagte der Lenkungskreis des Strategiedialogs Automobilwirtschaft in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel. Im Rahmen der Sitzung übergab Staatssekretär Stegmann ein Impulspapier der Landesregierung für die neue Kommission an Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Kommission, Maroš Šefčovič. Das Papier gibt einen Überblick über die Aktivitäten des Landes in den Bereichen Batterieforschung, Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie, synthetische Kraftstoffe, automatisiertes, autonomes und vernetztes Fahren (AVF) sowie über die Netzanbindung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Mit dem Papier schlägt die Landesregierung der neuen Kommission auch konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Transformation der Automobilwirtschaft und des Strukturwandels im Mobilitätsbereich vor – etwa durch Technologieneutralität, die Digitalisierung von Vertriebsprozessen oder die Einbindung der Zivilgesellschaft. Zudem tauschten sich die Mitglieder des Lenkungskreises mit führenden Kommissionsbeamten über Vorhaben der Kommission aus, die die Transformation der Automobilwirtschaft sowie die Mobilität der Zukunft betreffen.

Verabschiedung von EU-Haushaltskommissar Günther H. Oettinger

Am 21. Oktober 2019 blickte EU-Haushaltskommissar Günther H. Oettinger in der Landesvertretung in Berlin in einem Gespräch mit dem

langjährigen ARD-Korrespondenten Rolf-Dieter Krause auf seine Zeit in Brüssel zurück und erörterte die Zukunft der Europäischen Union, Deutschlands und Baden-Württembergs. Der Abend wurde abgerundet vom politisch-musikalischen Kabarett „Rudi und Rudi“.

Besuch von Herrn Ministerpräsidenten in Zürich am 6. Dezember 2019

Herr Ministerpräsident Kretschmann hielt auf Einladung des renommierten Europa Institutes einen öffentlichen Vortrag mit anschließender Publikumsdiskussion an der Universität Zürich und traf zu einem Arbeitsgespräch mit der Zürcher Kantonsregierung zusammen.

In seiner Rede zum Thema „Die Schweiz und die EU - Perspektiven aus dem Nachbarland Baden-Württemberg“ betonte Herr Ministerpräsident die Bedeutung der bilateralen Verträge und warnt vor einem Scheitern des institutionellen Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Mit Blick auf den sehr engen grenzüberschreitenden Austausch in Wirtschaft, Wissenschaft und vielen anderen Bereichen dürfe es nicht zu einem schleichenden Rückzug der Schweiz aus dem EU-Binnenmarkt kommen - oder sogar zu einer Trennung auf Raten mit verheerenden Folgen.

Der Ministerpräsident verwies darauf, dass er zusammen mit acht weiteren Nachbarregionen der Schweiz einen Brief an den damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker geschrieben habe, mit der Bitte, eine Eskalation zu vermeiden. Er warb gleichzeitig für eine Annahme des Rahmenabkommens in der Schweiz, denn dieses Abkommen werde den bilateralen Weg zukunftsfest machen und sei ein guter Kompromiss. Von Themen wie der Globalisierung, der Digitalisierung oder dem Klimawandel könne sich niemand in Europa abkoppeln und auch die Verteidigung der Demokratie sei in Europa von zentraler Bedeutung - mit der Schweiz als demokratischem Kernland.

Herr Ministerpräsident verwies insbesondere auf die langjährige Zusammenarbeit mit dem Kanton Aargau im Rahmen der zweijährig stattfindenden gemeinsamen Demokratiekonferenz sowie auf die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung, die für High Tech Länder wie Baden-Württemberg und die Schweiz eine besondere Bedeutung habe. So etablierten die oberrheinischen Universitäten Freiburg, Basel, Mulhouse, Straßburg und Karlsruhe die erste „Europäische Universität“, den European Campus, im Verbund mit über 100.000 Studierenden und 15.000 Forschern. Am Bodensee vereine die Internationale Bodensee-Hochschule 30 Hochschulen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Liechtenstein und sei damit der größte hochschulartenübergreifende Verbund Europas. Die Beteiligung der Schweiz am EU-Forschungsrahmenprogramm sei wichtig, denn neben den EU-Mitteln ginge es hier auch um Kooperationsmöglichkeiten.

Herr Ministerpräsident verwies auch auf die Verschiebungen im globalen Machtverhältnis durch die USA und China. Angesichts der demographischen Veränderungen auf dem Globus seien selbst die größten europäischen Staaten auf den Rang von regionalen Kräften geschrumpft. Europa müsse daher zusammenhalten, um selbstbestimmt zu bleiben und die regelbasierte Handelsordnung zu verteidigen. Dasselbe gelte auch im Bereich der Digitalisierung: Um digital souverän zu bleiben brauche man eine "Digitalisierung made in Europe", die Innovation mit unseren Werten verbinde.

Im Rahmen des Gesprächs mit der Züricher Kantonsregierung standen ebenfalls die Beziehungen der Schweiz zur EU und das Rahmenabkommen sowie Verkehrsthemen im Mittelpunkt.

Reise von Frau Staatsministerin Schopper nach Bosnien-Herzegowina vom 30. September bis 4. Oktober 2019

Die Reise knüpfte an den Besuch des Ministerpräsidenten an, der 2018 mit einer Delegation aus Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Hochschulen, Kultur und der Zivilgesellschaft den Balkan bereiste.

Ziel war es, Projekte in Bosnien und Herzegowina politisch zu begleiten und die Verbindungen zwischen Baden-Württemberg und Bosnien und Herzegowina weiter auszubauen. Da Europa ein erhebliches Interesse an der weiteren Entwicklung der Westbalkanstaaten hat, soll so auch die EU-Beitrittsperspektive für Bosnien und Herzegowina ganz praktisch unterstützt werden.

Auf ihrer fünftägigen Reise wurde die Staatsministerin u.a. von den Abgeordneten Reinhold Gall MdL und Karl Rombach MdL, dem Ersten Bürgermeister der Stadt Friedrichshafen, Dr. Stefan Köhler, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Baden-Württemberg Stiftung, der Stiftung Agapedia, der Stiftung Liebenau sowie des Donauschwäbischen Zentralmuseums Ulm, des Donaübüros Ulm/Neu-Ulm und des Badischen Landesmuseums begleitet.

Neben politischen Gesprächen mit der Regierung des Kantons Sarajewo besuchte die Delegation um Frau Staatsministerin Schopper das Projekt der Baden-Württemberg Stiftung "AMICA e.V. Erfolg steckt an! - Bosnische Landfrauen lernen voneinander" in der Gemeinde Prozor-Rama. Im Zentrum des Projekts stehen unter anderem die Vernetzung bosnischer Landfrauen sowie die Gründung einer Landfrauen-Kooperative sowie die Anbindung an lokale Absatzmärkte. Diese Maßnahmen sollen zu einer eigenständigen Existenzsicherung beitragen und werden vom Land Baden-Württemberg finanziell gefördert.

Ferner besuchte die Delegation das Jugendzentrum "Johannes Paul II." in Sarajewo. Im Kontext des Engagements Baden-Württembergs in der Region westlicher Balkan fand eine Jugendbegegnung mit Schülern und Jugendlichen aus dem Donaauraum statt, die sich in kreativen Workshops mit historischen Ereignissen beschäftigten.

Im Rahmen des Projektes „Danube.Youth.Participation“ wurden Vorschläge zur Institutionalisierung von Jugendbegegnungen im Donauraum und Westbalkan diskutiert. Im Anschluss besuchte die Delegation die Armee Reserveführungsanlage „Objektat D-0“ in Konjic, die seit 2008 für Kunstprojekte des Kurators Edo Hozic genutzt wird und derzeit die 5. Biennale-Kunstaussstellung beinhaltet.

Ein weiterer Fokus der Reise war das Thema duale Bildung. Im Rahmen von Partnerschaften zwischen beruflichen Schulen und Ausbildungspartnern will Baden-Württemberg Berufsschulen in Bosnien-Herzegowina unterstützen, ihre Ausbildungsprogramme stärker an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts anzupassen. So fand an der Universität in Sarajewo die Unterzeichnung von drei Partnerschaftserklärungen zwischen Berufsschulen aus Bosnien und Herzegowina und Baden-Württemberg statt. Zudem nahm Frau Staatsministerin Schopper an einer Podiumsdiskussion zum Thema Best Practice in der Dualen Bildung teil.

Gepflegt wurde auch der Austausch mit der Zivilgesellschaft Bosnien und Herzegowinas. Im Rahmen eines Gesprächs mit Frau Staatsministerin Schopper boten die Vertreterinnen und Vertreter vielfältige Einblicke in die Themenfelder Menschenrechte, Situation der NGOs, Korruption und Medienfreiheit. Parallel zur Delegationsreise von Frau Staatsministerin Schopper war auch der Verein Pro Sarajewo e.V. aus Friedrichshafen vor Ort.

X. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Welt-nachhaltigkeitsziele (SDG) stand auch im 4. Quartal des Jahres 2019 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Meine. Deine. Eine Welt.

Frau Staatsministerin Schopper zeichnete am 11. Dezember 2019 die Preisträgerinnen und Preisträger der Kampagne „Meine. Deine. Eine Welt.“ im Neuen Schloss in Stuttgart aus. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), die Bundesorganisation Engagement Global, die kommunalen Spitzenverbände, die Städte, Landkreise und Gemeinden und ihre zivilgesellschaftlichen Akteure haben sich zu dieser Kampagne zusammengetan und in den Monaten September und Oktober über 400 entwicklungspolitische Aktivitäten im ganzen Land auf die Beine gestellt. Die hohe Teilnahme von Landtagsabgeordneten aus dem Stiftungsrat der SEZ stieß auf eine sehr positive Resonanz bei den Preisträgerinnen und Preisträgern.

Afrika im Blick

Diese Initiative der Landesregierung, welche die Beziehungen aus Baden-Württemberg nach Afrika in den Fokus rückt, bündelt und stärkt, lief auch im 4. Quartal weiter:

In der 46. Kalenderwoche besuchte im Rahmen des Juristenaustauschs mit Burundi und seinen Anrainerstaaten eine juristische Delegation Baden-Württemberg. Kernstück des Projekts sind Tandems von Richtern und Staatsanwälten, die ihren Berufsalltag teilen. Neben den Empfängen bei Justizminister Wolf und Staatsministerin Schopper bildeten die Besuche der Stuttgarter Gerichte und der Bundesgerichte in Karlsruhe wichtige Höhepunkte des Austauschs.

Am 10. Dezember 2019 berichtete Frau Staatsministerin Schopper zum aktuellen Stand der Initiative im Ministerrat und stellte das Gutachten „Afrika im Blick“ des Arnold-Bergstraesser-Instituts vor.

Auf der Herbstkonferenz des entwicklungspolitischen Landesnetzwerks DEAB, die ebenfalls am 10. Dezember 2019 stattfand, diskutierte Frau Staatsministerin Schopper mit den anwesenden entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen über die

Umsetzung der sechzehn Kernempfehlungen dieses Gutachtens. Ausgangspunkt hierfür war der Beschluss des Rats für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (REZ) vom 27. Mai 2019, der das Angebot zu einer engen Kooperation bei der Umsetzung der Empfehlungen zum Gegenstand hatte.

Entwicklungspolitische Regionalkonferenz in Ravensburg

Sozialminister Manfred Lucha eröffnete am 19. November 2019 in Ravensburg die Entwicklungspolitische Regionalkonferenz. Dabei hatten rd. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Region die Gelegenheit, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft, Schulen und Kirchen sowie der Kommunal- und Landespolitik ins Gespräch zu kommen und sich zu vernetzen.